

II-1395 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 812 /J

1991-04-04

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend Novellierung des Ausschreibungsgesetzes

Ziel des Ausschreibungsgesetzes 1989 war die Objektivierung der
Besetzung freier Planstellen im Bundesdienst.

In der Vollziehung dieses Gesetzes sind schon nach kurzer Zeit
eine Reihe von Mängel zutage getreten.

Staatssekretär Dr. Peter Kostelka hat daher eine Novellierung
des Ausschreibungsgesetzes angekündigt.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten
an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e n :

- 1.) Nach dem derzeitigen Ausschreibungsgesetz werden Aufnahmetests
für die Verwendungsgruppen A und B zentral an der Verwaltungs-
akademie des Bundes durchgeführt. Ist daran gedacht, bei einer
Änderung des Ausschreibungsgesetzes Verbesserungen für Be -
werber aus den Bundesländern vorzusehen ?
- 2.) Ist im Interesse der Mobilität der Bediensteten vorgesehen,
Bediensteten anderer inländischer Gebietskörperschaften, ohne
daß eine Ausschreibung der Planstelle erforderlich ist, eine
Bewerbungsmöglichkeit einzuräumen ?
- 3.) Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um das Ausschreibungsver-
fahren zu verkürzen ?

- 4.) Ist an differenzierte Aufnahmeverfahren für verschiedene Verwendungen im Bundesdienst gedacht ?
- 5.) Wird das Kriterium des Bewerbungsdatums durch andere, differenzierte Aufnahmekriterien ersetzt werden ?
- 6.) Wird für eine vereinfachte Aufnahmemöglichkeit für ausgeschiedene Bundesbedienstete, die in den Bundesdienst zurückkehren wollen, vorgesorgt werden ?
- 7.) Im derzeitigen Ausschreibungsgesetz sind Bewerbungen von Bundesbediensteten nach erfolgter Ausschreibung der Planstelle unzulässig.
Ist vorgesehen, im Interesse der Mobilität auch nach erfolgter Ausschreibung Bewerbungen von Bundesbediensteten zuzulassen ?